

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

DGB begrüßt neues Vergabegesetz des Berliner Senats

Als wesentlichen Beitrag gegen Lohndumping wertet der DGB das vom Berliner Senat vorgelegte neue Vergabegesetz. Demnach sollen künftig öffentliche Aufträge daran gekoppelt werden, dass die konkurrierenden Unternehmen den Tariflohn bzw. den Mindestlohn zahlen. Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg erklärte, der Unterbietung durch Billiglöhne werde so ein Riegel vorgeschoben. Auch bei Löhnen sei Geiz nicht geil, sondern entziehe Menschen die Existenzgrundlage. Die Gewerkschafterin machte sich dafür stark, effektive Kontrollen zur Überwachung des Vergabegesetzes und spürbare Sanktionen einzuführen.

Der Senat solle jetzt nicht halt machen beim Kampf um Sozialstandards: Kriterien wie Frauenförderung und Ökostandards gehörten ebenso zur Debatte um öffentliche Vergabe. Diese von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geforderten Normen bei der Vergabe sollte Berlin auch beherzigen, sagte Doro Zinke. Damit zeige die Hauptstadt ihr soziales Gewissen in der Debatte um Sozialstandards im erweiterten Europa. Zudem könne das neue Gesetz Vorbildfunktion für Brandenburg erfüllen, da sich die Landesregierung immer noch sträube, Tariftreue als Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

PM 65/07

07.11.07

Alt+E+N

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2007\Vergabe-Novelle.doc

E-Mail:

Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:

www.Berlin-Brandenburg.DGB.de



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114